



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/KVI/82 - 11. April 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- |       |   |     |
|-------|---|-----|
| 1     | <u>Durchgepeitschtes "Arbeitsgesetzbuch der DDR"</u><br>"Volkskammer" beendet abgewürgte Diskussion.<br>Von Stephan Thomas                  | 49  |
| 2 - 5 | <u>Ein Jahr Sozialdemokratischer Hochschulbund</u><br>Zur 2. Bundes-Delegiertenversammlung des SHB<br>Von Jürgen Maruhr, Bundesvorsitzender | 59  |
| 3     | <u>Verstärkte Ostpropaganda in neutralen Staaten</u><br>"Zielgruppe" Intellektuelle   | 27  |
| 4     | <u>Die DDPA in Finnland</u><br>"Kulturarbeit" des Zonenregimes  | 33  |
| 5 - 8 | <u>Seminar der "Sozialistischen Internationale" in Neu Delhi</u><br>Interview mit Willi Eichler   | 179 |

\* \* \*

Durchgepeitschtes "Arbeitsgesetzbuch der DDR"

"Volkskammer" beendet abgewürgte Diskussion

Von Stephan Thomas

Für viele FDGB- und SED-Führer war der Befehl Ulbrichts, das sogenannte "Arbeitsgesetzbuch der DDR" noch in dieser Woche von der "Volkskammer" durchgepeitscht zu lassen, ein Schlag aus heiterem Himmel.

Die im vergangenen Jahr begonnene öffentliche AGB-Diskussion, mit der den Arbeitern die neue Gesetzeswerk schmackhaft gemacht und eventueller Widerstand im Keime erstickt werden sollte, hatte ihr Ziel bekanntlich nicht erreicht. Nachdem aus den Betrieben, Gewerkschaftsorganisationen und Parteigruppen fast 30 000 Änderungsanträge gekommen waren, hatte Ulbricht die Diskussion kurzerhand abbrechen lassen. Aber noch im März dieses Jahres hatte FDGB-Chef Warnke versichert, man werde einen Teil der Änderungswünsche berücksichtigen, und selbst in der Staatlichen Plankommission hatte sich Leuschner für die Einsetzung einer Kommission eingesetzt, die den ganzen Komplex noch einmal überarbeiten sollte. Leuschner bezog diese Stellung nicht aus Menschenliebe, aber er befürchtete, dass es wegen der reaktionären und harten Bestimmungen zu Weiterungen kommen könnte, die der nachwirkenden Planerfüllung den Rest geben würden. In Kreisen des FDGB-Bundesvorstandes hatten noch Anfang dieses Monats Funktionäre davon gesprochen, die "Volkskammer" werde anlässlich des FDGB-Kongresses im Herbst das überarbeitete AGB in einer Festsetzung sozusagen als Geschenk an den Kongress beschliessen.

Der radikale Flügel im Politbüro hat diesen Berechnungen ein Ende bereitet. Gerade die Flut von Änderungs- und Protestresolutionen, in denen sogar verschiedentlich Streikdrohungen ausgesprochen worden waren, bestärkte Ulbricht in seinem Bestreben, nach der Abwürgung der Diskussion vollendete Tatsachen zu schaffen.

Ohne wesentliche Änderung soll das Gesetz Wirklichkeit werden, mit der die Diktatur der Partei auf dem Gebiet des Arbeitsrechtes vollendet wird. Nur so hofft die SED, ihren Plan dennoch erfüllen zu können, der bis jetzt mehr als fraglich erscheint.

Das AGB ist das Instrument, mit dem weitere Arbeitszeitverlängerungen ausgeschaltet, die Fünftagewoche verhindert und die Normen erhöht werden können. Der Urlaub der Arbeiter wird verkürzt, die Löhne werden gedrosselt und Rechte wie freie Arbeitsplatzwahl, Mitbestimmung in sozialen Fragen und Einflussnahme auf die Betriebsleitung völlig ausgeschaltet.

Die Arbeiter können mit diesem Gesetz wie Inventar verwaltet und zu Höchstleistungen bei gleichbleibenden oder niedrigeren Löhnen angetrieben werden.

Zweifelloos kann die Erfüllung dieses Gesetzes weitere wirtschaftliche Kräfte der Zone freisetzen - auf Kosten des Menschen allerdings. Allein darum geht es, und deshalb war die Diskussion eine Farce, die Demokratie vortäuschen sollte. Die Ergebnisse der Diskussion, eben die Änderungsvorschläge, glaubt Ulbricht vom Tische fegen zu können, und dass er es so schnell tut, hat seine Gründe. Heute glaubt er, noch stark genug dafür zu sein; was in Herbst ist, weiss man nicht. Deshalb warf er auch die Bedenken der FDGB-Führer und Leuschners über Bord, denen die Masse der Änderungsanträge als Sturmzeichen erschien, dessen Abklingen abgewartet werden müsse. Nach Ulbrichts Meinung indes kann die Stimmung nur noch schlimmer werden; deshalb seine Eile!

## Ein Jahr Sozialdemokratischer Hochschulbund

### Zur 2. Bundes-Delegiertenversammlung des SHB

Von Jürgen Maruhn, Bundesvorsitzender

Vom 16. bis zum 18. April wird im Studio der Bonner Beethovenhalle die 2. Bundes-Delegiertenversammlung des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) stattfinden. Ihre Aufgabe wird es nicht nur sein, Bilanz aus der bisherigen Arbeit zu ziehen und die Aufgaben für das kommende Jahr zu beraten, sie wird auch den Standort des demokratischen Sozialismus im Jahre 1961 so zu fixieren haben, wie er von der demokratischen Linken an den Universitäten und Hochschulen und ihrer jugendstheoretischen Vertretung, dem Sozialdemokratischen Hochschulbund, gesehen wird.

Grundlage dieser theoretischen Standortbestimmung wird unter anderem das Referat von Jochen Gröner, Mitglied der SHB-Gruppe Münster, zu dem Thema "Ideologie und Theorie" sein.

Eine wichtige Rolle wird ferner die Hochschulpolitik spielen. Hierzu liegt bereits eine Reihe grundsätzlicher und aktueller Anträge des Bundesvorstandes vor. Einer von ihnen befasst sich mit der nach dem Karlsruher Fernsehurteil wieder aufgelebten Diskussion über den Kulturföderalismus. Dort heisst es:

"Der SHB ist jedoch der Meinung, dass das Fernsehurteil keinen Anlass dazu geben sollte, auch die von Bund und Ländern gemeinsam durchgeführte Studentenförderung abzuschaffen und durch eine reine Länderförderung zu ersetzen oder zu ändern. Die Studienförderung nach dem Honnefer Modell und die ihr entsprechenden Förderungen bedürfen angesichts der Freizügigkeit der Studenten und im Interesse einer reibungslosen Durchführung einer zentralen Regelung."

Unter dem Thema "Sozialdemokratische Kulturpolitik in Deutschland" wird der Bundestagsabgeordnete Ulrich Lohmar die Hochschulpolitik in einen grösseren Zusammenhang einordnen, in dem die Rolle der Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik sichtbar und eine Kritik an den konservativen Ideologien notwendig sein wird. Der SHB weise es zu schätzen, Ulrich Lohmar zu seinen guten und erfahrenen Freunden rechnen zu dürfen. Ulrich Lohmar war von 1952 bis 1955 Bundesvorsitzender des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, der in seiner damaligen Form als Vorläufer und Vorbild des Sozialdemokratischen Hochschulbundes anzusehen ist.

Höhepunkt sowohl der Delegiertenversammlung als auch der politischen Arbeit des SHB im Wintersemester 1960/61, die unter dem zentralen Thema "Auseinandersetzung mit dem Kommunismus" stand, wird der wegweisende Vortrag des stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Waldemar von Knoeringen, sein. Der Vortrag, dessen Thema

"Utopie und Wirklichkeit" - Die Krise des Kommunismus

lautet, wird sich nicht nur mit der vielfältigen Bedrohung der Freiheit befassen. Waldemar von Knoeringen wird es als wichtige Aufgabe ansehen, die westliche Alternative zur Überwindung des Kommunismus erneut herauszuarbeiten.

11. April 1961

Die Bilanz aus der Arbeit des SHB während des ersten Jahres seines Bestehens ist trotz vieler Schwierigkeiten, die sich beim Aufbau des Verbandes ergeben haben, sehr erfreulich. Der Hochschulbund konnte nicht nur die Zahl seiner Mitglieder und seiner Gruppen im Laufe eines knappen Jahres ungefähr verdoppeln, er ist als jüngster politischer Studentenverband schon heute in der Lage, sich neben den "alteingesessenen", zehn bis fünfzehn Jahre alten Verbänden zu behaupten.

Was seine eigene Zukunft angeht, ist der SHB durchaus optimistisch. Ein ernstes Problem für alle politischen Studentenverbände und für die Demokratie überhaupt, ist jedoch die Frage, ob es gelingen wird, breitere Kreise der Studentenschaft politisch zu interessieren und womöglich zu aktivieren. Die Überlegungen des SHB werden sich künftig stärker auf diesen Punkt konzentrieren.

+ + +

#### Verstärkte Ostpropaganda in neutralen Staaten

dp - In mehreren neutralen Staaten - besonders in Asien und Afrika - haben die "DDR", Polen und die Tschechoslowakei seit einiger Zeit eine ausserordentlich starke Propagandatätigkeit gegen die Bundesrepublik entwickelt. Neudrings schaltet sich hierbei auch Ungarn ein. Hauptthemen der Angriffe auf die Bundesrepublik sind "Darstellungen" über angeblich nationalsozialistische Untriebe in Bonn, Hinweise auf "Kriegsvorbereitungen der Revanchisten" und dunkle Andeutungen von angeblichen Plänen zur Errichtung einer neuen Kolonialmacht. In mehreren Fällen konnte beobachtet werden, dass Broschüren und andere Schriften der "DDR" als Erscheinungs- und Herausgeberort lediglich die Bezeichnung "Berlin" tragen. Damit soll offensichtlich erreicht werden, dass die Empfänger des Hochmaterials über die Urheber der Campagne gegen die Bundesrepublik im unklaren gelassen werden sind. Über die Wirkung dieser Propagandatätigkeit der Ostblockstaaten gibt es noch keine sicheren Anhaltspunkte. Wichtig ist jedoch, dass die Propagandaschriften hauptsächlich in intellektuellen Kreisen verbreitet werden, was darauf schliessen lässt, dass man in Pankow darauf Wert legt, eine Art "Gehirnwäsche von oben nach unten" zu organisieren. Die Regierungen neutraler Staaten, in denen Propagandamaterial gegen die Bundesrepublik verbreitet wird, schenken diesen Vorgängen verhältnismässig wenig Beachtung, da als Herausgeber und Verteiler in vielen Fällen weniger die diplomatischen Missionen, als Handels- und Wirtschaftsstellen in Erscheinung treten. Aus Berichten der diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik in diesen Ländern geht hervor, dass von Bonn im Umlauf gebrechtes Material über das politische, kulturelle und wirtschaftliche Leben in der Bundesrepublik mengen- und qualitätsmässig unzulänglich sein soll.

+ + +

- 4 -

Die DEFA in Finnland

thin. - Immer wieder stellt man in verschiedenen Ländern Europas fest, dass nur unzureichend vor allem auf dem Gebiet des Sports und der kulturellen Arbeit der Einfluss der kommunistischen Kulturstellen in der Zone abgeriegelt werden kann. Viele Menschen in europäischen Ländern wissen zwischen Bundesrepublik und "DDR" kaum zu unterscheiden. Die Nutzniesser sind die kommunistischen Sendlinge, die mit starkem Aufwand und massierter Propaganda nicht nur in Afrika, sondern auch in den Eckländern des freien Europa wie Griechenland und Finnland tätig werden.

Die "DDR" hat jetzt z.B. in drei grossen Städten Finnlands eine DEFA-Filmwoche durchführen können: in Helsinki, in Tampere und in Turko. Leider sind häufig aus dem westlichen Ausland nur Wildwestfilme und Kriminalfilme importiert worden, während die Russen auch einige ihrer guten und diskutierbaren Filme in Helsinki zeigen konnten. Die DEFA machte sich die Situation zunutze: sie zeigte einige Filme, die auch im westlichen Urteil bedeutend sind, so den gegen die Nazis und die Judenverfolgung gerichteten Konrad-Wolf-Film "Sterne", der allein im Festspieltheater "Corona" einen 80 Prozent-Durchschnittsbesuch hatte. Das will für Finnland viel heissen. Weiter wurden "Zar und Zimmermann", der Märchenfilm "Der Kleine Muck" und "Seilergasse 8" gezeigt.

Es gibt in Helsinki eine Gesellschaft "Finnland-DDR", die recht rege ist. Hinzu kommt, dass Finnland selbst nur wenig Filme produzieren kann. Einige zeigte es auf den letzten Berliner Filmfestspielen; es waren sehr biedere, vaterländische und schwerfällige Filme, in denen die Armut nicht verborgen blieb. Im letzten Jahr hat Finnland von 250 gezeigten Filmen 240 importieren müssen, die meisten allerdings aus USA. Diese Filme müssen mit schwedischen und finnischen Untertiteln laufen, weil das Land zweisprachig ist. Synchronisiert wird in Finnland so gut wie gar nicht, so dass nur die zehn Filme den Finnen die Muttersprache brachten. Die mangelhafte kulturelle Arbeit - dazu noch mit manchem Ungeschick - der Bundesrepublik in mehreren Ländern Skandinaviens, die der Berichtler auch in Dänemark und Norwegen beobachten konnte, ist die Lücke, durch die Ulbrichts "Kultursendboten" einströmen, um ihr propagandistisches Geschäft zu machen.

Seminar der "Sozialistischen Internationale"

in Neu Delhi

Interview mit Willi Eichler

\* Im März dieses Jahres fand in Neu-Delhi ein zehntägiges Seminar der  
\* "Sozialistischen Internationale" mit Mitgliedern der Sozialisti-  
\* schen Partei Indiens, PRAJA, statt. Für die Sozialdemokratische  
\* Partei Deutschlands nahm als zeitweiliger Seminarleiter Vorstands-  
\* mitglied Willi Eichler daran teil. Ausser Willi Eichler  
\* hatte die SPD noch sechs weitere Teilnehmer entsandt. Die sozia-  
\* listischen Parteien von England, Österreich, Frankreich, der Schweiz  
\* und Schweden waren ebenfalls vertreten; auch die Sozialistische  
\* Partei Israels (MAPAI). Im Mittelpunkt des Seminars standen Dis-  
\* kussionen über die aktuelle politische Weltsituation, sowie ein Er-  
\* fahrungsaustausch über den organisatorischen Aufbau der soziali-  
\* stischen Parteien in Europa und Asien. Der "Sozialdemokratische  
\* Pressedienst" hatte Gelegenheit, mit Willi Eichler über seine Ein-  
\* drücke von dem Seminar in Neu Delhi zu sprechen. Die Redaktion.

\* \* \*

SPD-Pressedienst: Können Sie uns sagen, Herr Eichler, ob bei den Dis-  
kussionen zwischen den europäischen und indischen Sozialisten ein Unter-  
schied in der Beurteilung des Begriffes "Sozialismus" festzustellen war?

Willi Eichler: Die Unterschiede sind eigentlich nicht grösser, als sie  
in Europa selber sein würden oder aufgetreten sind. Über die Grundsätze  
des Sozialismus, also über das, was der Sozialismus als Werte in sich  
hat, die Würde des Menschen zu pflegen, den Menschen aus Hörigkeit und  
Niedrigkeit, aus Armut und Elend zu befreien, dies alles ist genau so  
Gedankengut der asiatischen und in diesem Fall der indischen Sozialisten.

Selbstverständlich gibt es unendlich viele Abweichungen, insbeson-  
dere von Europa. Der asiatische Sozialismus hat ein ganz anderes Ver-  
hältnis zur Landbevölkerung, denn der grösste Teil der asiatischen Be-  
völkerung lebt auf dem Lande und vom Lande. Das heisst, die Pflege der  
Beziehungen zur Bauernschaft, die genaue Kenntnis der Situation der  
Bauern, ist ein unerlässlicher Bestandteil für jede sozialistische Arbeit.  
Die Frage, wie Bauern organisiert werden sollen, wie ihnen geholfen wer-  
den kann, ist von brennender Interesse. Hier ist es insbesondere die  
Frage des Aufbaues einer Genossenschaftsbewegung, was in Indien beson-  
ders kompliziert ist. Man sieht durchaus die Gefahren eines staatlichen  
Dirigismus und man versucht daher - also auch in der Genossenschafts-  
bewegung - von unten nach oben, vom Bauern in die oberen Spitzen hin zu  
organisieren.

SPD-Pressedienst: Sie haben das Stichwort "Genossenschaft" gegeben. Man  
sagt oft in Europa, die Sozialisten Asiens verstehen unter dem Begriff  
"Genossenschaft" etwas Ähnliches, was man auch in der kommunistischen  
Ostblockstaaten darunter versteht. Haben Sie den Eindruck, dass unsere  
asiatischen Freunde die Differenzierung, wie wir sie ganz deutlich im  
Laufe der letzten Jahrzehnte herausgearbeitet haben, erkennen?

Willi Eichler: Man kann sogar sagen, dass den asiatischen Sozialisten die verschiedenen Auffassungen, die Kommunisten und andere Leute vom Wesen eines genossenschaftlichen Aufbaus haben, durchaus bewusst sind. Man kann heute in Asien nur wenigen Leuten einreden, dass die Zwangskolchosen der Kommunisten überhaupt etwas mit Genossenschaft zu tun haben. Genossenschaft bedeutet zunächst, was immer es sonst auch bedeuten möge, dass man in eine Genossenschaft eintreten kann, wenn man es für richtig hält und dass man sie verlassen können muss, wenn man sie für falsch hält.

Es war in dieser Hinsicht besonders gut, dass gerade der Vertreter Israels im bezug auf die Kibburzen dieses Prinzip absolut klar herausstellte. Ich war froh, dass wir es den asiatischen Sozialisten keineswegs erst klar zu machen brauchten. Sie sind hier völlig unserer Meinung.

SPD-Pressedienst: Nachdem wir nun von der Landwirtschaft gesprochen haben, möchten wir Sie bitten, uns zu sagen, ob während des Seminars auch die besonderen Schwierigkeiten sichtbar geworden sind, die sich aus dem doch recht schnellen Tempo der Industrialisierung in Indien für eine sozialistische Partei ergeben?

Willi Eichler: Der Prozess der Industrialisierung wird nicht nur in Indien, sondern auch in Asien überhaupt noch zu ausserordentlichen Schwierigkeiten führen. Das Land steht vor dem Problem, die hungernden Massen auf dem Lande so zu beschäftigen, dass die Arbeitskraft produktiv eingesetzt wird. Das heisst, die Methoden der Landwirtschaft und was immer heute bewirtschaftet wird in Indien, muss produktiver gemacht werden. Dazu genügt zum grossen Teil - wenn auch noch nicht völlig - die Verbreitung besserer Kenntnisse, die Ausbildung von Facharbeitern, von Werkzeugmeistern, Technikern usw.

Auf der anderen Seite - und hier ist der ewige Streit zwischen Leuten, von denen die einen meinen, man braucht überhaupt nicht zu industrialisieren und die anderen, man müsste nur industrialisieren, denn nur dann könnte das Land wirtschaftlich, politisch und sozial gesunden.

In Wirklichkeit geht es hier um einen viel komplizierteren Prozess. Es ist wirklich wichtig, dass sich die Industrie nicht etwa nur in grossen Industriezentren konzentriert, sondern dass man möglichst versucht, die Industrie auf das Land zu bringen, um die langsame Überleitung in neue Lebensformen etwa durch die Loslösung von der "Grossfamilie auf dem Lande" nicht künstlich zu forcieren, sondern wirklich organisch verlaufen zu lassen. Dies ist das Problem, das sowohl Sozialisten, als auch die anderen sehen, und bei dem wir Europäer Geduld haben müssen. Geduld etwa nicht nur aus Nachsicht, sondern weil der abrupte Zerfall einer Kultur das Land selbst in Unruhen stürzen würde, die für das Verhältnis zwischen Osten und Westen keineswegs gut ausgehen können.

SPD-Pressedienst: In Europa wird oft darüber diskutiert, ob die Entwicklungshilfe von den Asiaten richtig bewertet wird. Herr Eichler, haben Sie bei Gesprächen über diese Frage feststellen können, ob unsere asiatischen Freunde die Europäer und die europäische Entwicklungshilfe

danach beurteilen, ob die Hilfe von einer früheren Kolonialmacht kommt, oder aus einem Lande, das keinerlei Kolonialinteressen in asiatischen Ländern hatte?

Willi Eichler: Was insbesondere Indien angeht, so glaube ich, wird meine Antwort etwas frappieren. Es ist bekannt, dass Indien eine alte Kolonie innerhalb des britischen Empire war und dass die Engländer früher in Indien so sehr gehasst wurden, dass eine grosse Bewegung mit dem Ziel entstand, sie aus dem Lande zu vertreiben. Die Engländer waren klug genug, und zwar unter der Führung der sozialistischen Regierung von Clement Attlee, 1947 das Land freizugeben. Das Ergebnis ist, dass heute - nicht nur nach meiner Meinung, sondern nach der Meinung aller Kenner der Situation - die Briten in Indien zu dem geachteten Volk der Erde gehören. Ganz im Gegenteil zu den Amerikanern, die objektiv unendlich viel für Indien getan haben, aber auch zum Teil in einer etwas ungeschickten Weise, die gerade bei den ostasiatischen Völkern grosse Verstimmungen auszulösen geeignet ist.

Die Deutschen sind sehr angesehen. Aber auch hier möchte ich eine Warnung aussprechen. Dieses Ansehen ist kein Blanko-Scheck! Es ist überall in Asien - ich kenne nicht nur Indien, auch in Bangkok und in Rangun habe ich dasselbe gehört - die Entwicklungshilfe, von der die Deutschen seit einigen Jahren mit vielen Worten reden, sie muss endlich wirklich kommen. Wenn sie wirklich kommt, objektiv gegeben wird und nicht nur so gegeben wird, dass sie die Einleitung von Geschäften bedeutet, sondern eine wirklich grosszügige Hilfsaktion, haben die Deutschen alle Chancen, als ein ehrlicher und guter, sauberer Partner der asiatischen Völker angesehen zu werden.

SPD-Pressedienst: Da wir gerade von den Deutschen sprechen: Haben Sie den Eindruck, Herr Eichler, dass sich unsere indischen Freunde bewusst sind, welche Schwierigkeiten in Europa durch die Teilung Deutschlands entstanden sind, oder ist es so, dass den Menschen dort die Teilung Deutschlands als Politikum nicht bewusst ist?

Willi Eichler: Die Teilung Deutschlands ist dem politisch interessierten Teil des indischen Volkes, das ja selbst bei seiner Befreiung gespalten worden ist, in Pakistan und in Indien, durchaus bewusst. Ja, und es geht noch weiter. Nicht nur dass man ganz allgemein die Spaltung eines Landes wie Deutschland für ungerechtfertigt und auf die Dauer sogar für eine erhebliche Gefahr für den Frieden hält, man ist sich auch durchaus heute der Tatsache bewusst, dass dieses Problem nicht nur die Deutschen angeht, ja nicht nur die Europäer, sondern die ganze Welt. Denn man weiss: wenn irgendwo ein Krieg ausbricht, dann gibt es heute keinen zivilisierten Teil der Erde mehr, der davon unberührt bleiben wird. Deshalb ist dem politisch aufgeschlossenen Asiaten bewusst, dass die deutsche Frage, die Berliner Frage, ja die europäische Frage, im Grunde nur gelöst werden kann, wenn es möglich ist, zwischen West und Ost zu einem Status zu kommen, der nicht nur aus ewigen Drohungen und Rüstungen besteht. Man erwartet wirkliche Anstrengungen



in der Abrüstungspolitik, und hier begrüsst man - ich habe das in einem Gespräch mit Ministerpräsidenten Nehru festgestellt - die grosse Initiative, die von dem neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten ausgeht, die man allgemein als einen guten Ansatz zur Verbesserung der internationalen Beziehungen betrachtet.

SPD-Pressedienst: Nun sagt man bei uns immer, dass sich in Indien und in den anderen asiatischen Ländern ein sehr heftiger Konkurrenzkampf zwischen Ost und West abspielt; sowohl im Wettlauf der Entwicklungsmaßnahmen, wie auch im Ringen um ideologische Probleme. Hatten Sie Gelegenheit, Herr Eichler, speziell über diese Fragen mit den asiatischen Sozialisten zu sprechen?

Willi Eichler: Darüber haben wir im Seminar, aber auch ausserhalb des Seminars mit vielen Asiaten gesprochen, und ich kann nur sagen, dass dem grössten Teil der Asiaten, die ich gesehen und gesprochen habe, die kommunistische Gefahr durchaus bewusst ist. Man weiss dort ganz genau, was von einer kommunistischen Organisation der Welt zu halten ist, denn man kennt sowohl die Sowjetunion als auch China sehr gut und zum grossen Teil besser als wir Europäer. Das ist nicht verwunderlich, denn Asien lebt in unmittelbarer Nähe der Sowjetunion und was in China geschieht, wird in Indien sofort bekannt.

Die Anstrengungen des Kommunismus, dem Westen in einer Konkurrenz um die Seele des Ostens den Rang abzulaufen, würde ich von mir aus von Anfang an für hoffnungslos ansehen, wenn der Westen wirklich eine sehr grosse Anstrengung macht, um den asiatischen Völkern aus ihrem entsetzlichen Elend herauszuhelfen. Wenn das geschieht, wenn also die nichtkommunistischen Staatsmänner Asiens darauf hinweisen können, dass aus dem Westen entscheidende und grosszügige Hilfe gekommen ist, dann glaube ich sicher sein zu können, dass die grosse Kultur Asiens, seine Bildung, die sittliche und moralische Grundhaltung dieser Völker absolut gesichert sind gegen Versuchungen, etwa ihre freie Welt, ihre kulturelle Welt gegen die dirigistische Welt des Kommunismus einzutauschen. Aber wie gesagt, ein Volk, das in einem solchen Elend lebt, wie etwa die Inder - man muss bedenken, der Lebensstandard in Indien beträgt pro Jahr und Kopf 78 amerikanische Dollar - in solch einer erbärmlichen Situation ist ein Volk vielleicht auch zu verzweifelten Entschlüssen fähig. Sie vor diesen verzweifelten Entschlüssen zu bewahren, ist die grosse Aufgabe des Westens. Ich meine, der Westen sollte nicht zögern, diese Hilfe endlich zu bringen. Der Wunsch vieler asiatischer Völker zu einer idealen Kooperation mit dem Westen und die kulturelle Verbundenheit mit dem Westen scheinen mir eine absolute Selbstverständlichkeit zu sein.

+ + +

Verantwortlich: Günter Marxschefel